

Amt für Soziales

Gewährung von freiwilligen Leistungen der Stadt Regensburg

1. Verantwortlichkeit für die Datenerhebung

Verantwortlich für die Datenerhebung bei der Gewährung von freiwilligen Leistungen ist die Stadt Regensburg, Postfach 110643, 93019 Regensburg, E-Mail: stadt_regenzburg@regenzburg.de, Telefon: (0941) 507-0

Zuständige Dienststelle für die Bearbeitung von Fragen, Auskunftsersuchen oder Anträgen ist die Stadt Regensburg, Amt für Soziales, Johann-Hösl-Str. 11 – 11 B, 93053 Regensburg, E-Mail: sozialamt@regenzburg.de, Telefon: (0941) 507-1502.

2. Datenschutzbeauftragter

Den zuständigen behördlichen Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

Behördlicher Datenschutzbeauftragter der Stadt Regensburg, Postfach 110643, 93019 Regensburg, E-Mail: datenschutz@regenzburg.de, Telefon: (0941) 507-2114.

3. Zweck und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Ihre Daten werden nur zum Zweck der Bearbeitung Ihres Antrags auf Gewährung von freiwilligen Leistungen der Stadt Regensburg erhoben.

Es werden unter anderem Ihre grundsätzliche Leistungsberechtigung, die allgemeinen Daten der Institution / des Vereins sowie die zur Bearbeitung notwendigen Mitarbeiterdaten verarbeitet.

Rechtsgrundlage der Verarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 Buchst. a) Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO - Einwilligung).

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden ggf. an folgende Stellen **innerhalb** der Stadtverwaltung Regensburg weitergegeben:

- a) Stadtkämmerei
- b) Stadtkasse
- c) Direktorium 1 und / oder Direktorium 2

Die Datenmitteilung innerhalb der Stadtverwaltung Regensburg hat, bezogen auf die jeweiligen Dienststellen, folgende Zwecke:

- a) Vollzug des kommunalen Haushaltsrechts
- b) finanzielle Abwicklung des Zuschusses
- c) endgültige Entscheidung über die Gewährung der freiwilligen Leistungen

Ihre personenbezogenen Daten werden an keine Stelle **außerhalb** der Stadt Regensburg weitergegeben.

5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Eine Übermittlung an Drittländer ist grundsätzlich nicht vorgesehen.

6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Spezialgesetzliche Aufbewahrungsvorschriften existieren nicht. Eine zehnjährige Aufbewahrungspflicht für zahlungsbegründende Unterlagen ergibt sich aus § 82 KommHV-Kameralistik. Aufgrund der fehlenden Spezialgesetzgebung wird oben genannte Rechtsvorschrift hier analog angewandt.

Nach Ablauf der zehnjährigen Aufbewahrungsfrist werden die noch vorliegenden Daten und Akten auf ihre Archivwürdigkeit hin geprüft. Je nach Entscheidung des Stadtarchivs über die Archivwürdigkeit werden die Daten an das Stadtarchiv abgegeben oder aber einer den datenschutzrechtlichen Anforderungen entsprechenden Vernichtung zugeführt bzw. physikalisch gelöscht.

7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

8. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung durch das Amt für Soziales der Stadt Regensburg durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

9. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Eine Pflicht zur Bereitstellung der Daten existiert nicht. Die Bereitstellung der Daten erfolgt freiwillig und mit Einwilligung, sofern Sie das freiwillige und unentgeltliche Beratungsangebot des Allgemeinen Sozialdienstes der Stadt Regensburg in Anspruch nehmen möchten. Ohne die Einwilligung zur Verarbeitung der Daten im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung ist eine Beratung durch den Allgemeinen Sozialdienst nicht möglich.